

# Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 33 327

Kernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in R.M.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hieke, Inh. Walter Hieke  
Verantwortlich: R. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in R.M.): Die 7spaltene 85 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Wichtigkeiten einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 166

Bad Schandau, Dienstag, den 19. Juli 1927

71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Nach Meldungen aus Island ist der größte Vulkan des Landes, der Hekla, wieder in Tätigkeit getreten. Er wirft riesige Rauch- und Feuerfäden aus.

\* Aus Moskau wird gemeldet, daß in Chabarowst der frühere Offizier Bistunow von dem Kriegs- und Revolutionsgericht zum Tode verurteilt worden ist. Bistunow wird zum Vortwurf gemacht, Kommunisten ermordet zu haben. Ein Gnabengehuch wurde von dem zentralen Volkskomitee in Moskau abgelehnt.

\* Von der zweiten deutschen Halbflootte, die zurzeit in Riga weilte, wurde ein Festbankett zu Ehren der deutschen Kolonie in Lettland, der lettischen Seeleute und der Presse veranstaltet. Vergangene Nacht hat die Flottille Riga verlassen.

## Wiener Spektakel.

Man hat sie Phäakenstadt genannt, diese heitere, lebenslustige Stadt an der Donau, bis der Lebensfreude der Krieg ein rauhes Ende bereitet. Schredlicher noch wurde es, als der sogenannte Friede von St. Germain dieses unmögliche Staatsgebilde geschaffen hatte, das sich Deutschösterreich nennt. Auf dem schmalen Leibe sitzt wie ein Wasserlopp die Hauptstadt mit ihren zwei Millionen, die ein Drittel der Einwohnerzahl ganz Deutschösterreichs darstellen. Das schuf unsagbares Elend und damit leider auch eine immer schärfere Zuspitzung der innenpolitischen Verhältnisse. Neben jenen wirtschaftlichen Gegensätzen zwischen Stadt und Land trat der politische des „roten Wien“ gegen die Länder, die in der Hauptsache den Christlichsozialen Gefolgschaft leisten. Zwischen beiden tobte der Kampf um die Macht so lange, bis man sich allerdings nur für eine kurze Zeit unter äußerem Druck geeinigt hatte. Als der Druck wich, sprang das helle Feuer wieder heraus.

Erbitterter und fanatischer sind in Österreich die Gegensätze politischer Art, weil die österreichische Sozialdemokratie einen sehr starken Zug ins Radikale hat, ein Zug, der eben verständlich wird durch die unsagbar schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Wenn eine Stadt wie Wien seit Jahren schon über eine Arbeitslosenquote von mehr als 100 000 klagt, muß, so bedeutet das verhältnismäßig eine weit höhere Zahl, als etwa Berlin sie je gehabt hat. Größer vielleicht noch als in Deutschland war während des Krieges und in der Nachkriegszeit das Elend in Deutschösterreich.

Das alles ist der Hintergrund, auf dem sich die Vorgänge in Wien abgepielt haben. Unzählbar sind die Zusammenstöße zwischen den politischen Organisationen der verschiedenen Parteien gewesen; steht doch der „Republikanische Schutzbund“ ganz auf dem Boden der Sozialdemokratie und ist darum eine gewaltige Macht in den Händen seiner Führer. Er fühlt sich als eine Kampforganisation des Proletariats, erblickt in der Christlichsozialen Partei den eigentlichen Gegner und ist daher auch in schärfster Form allen Organisationen entgegengetreten, die etwa in der Mitte oder bei der „Großdeutschen Partei“ sich gebildet haben.

Und angesichts dieser Zuspitzungen in der österreichischen Innenpolitik die tatsächliche Machtlosigkeit der jetzt regierenden Koalition jener beiden anderen Parteien! Polizei wie Bundesheer, durch den Frieden von St. Germain auf ein sehr geringes Maß herabgesetzt, werden durch diese innenpolitischen Gegensätze gleichfalls zerfleischt. Wie weit die Regierung Dr. Seipels auf sie überhaupt wird rechnen können, ist sehr zweifelhaft. Das weiß er, das weiß aber auch die Sozialdemokratie und sie benutzt ihre Macht, um politisch sich durchzusetzen. Eine ohne jede sonstige Rücksicht betriebene Arbeiter- und Konsumentenfreundliche Politik der sozialdemokratischen Stadtbewaltung hat die Wiener Arbeiterschaft in weitestem Maße zu unbedingten, durch die und dann folgenden Anhängern ihrer Führer gemacht. Dabei besitzt Dr. Seipel im Parlament nur eine ganz geringe Mehrheit, vermag seine Koalition überdies nur mühsam zusammenzuhalten.

Geschick haben es die sozialdemokratischen Führer verstanden, diese Revolte, die wohl von ganz anderen Elementen angebahnt und eingeleitet war, nun in ihr Fahrwasser zu lenken und sie zu nutzen. Die wirtschaftlichen Kampfmittel des Streiks wurden für diesen Zweck eingesetzt und aus der durchgreifenden Wirkung kann man ein Urteil darüber gewinnen, in welchen Händen in Deutschösterreich heute die Wahrmacht liegt. Es ist wirklich die „Diktatur des Proletariats“, von der die sozialdemokratischen Führer auf dem letzten Parteitag in Linz als dem einzigen Mittel sprachen, die bürgerliche Regierung Seipels aus dem Sattel zu heben.

Es braucht nicht erst noch gesagt zu werden, daß die jetzigen Ereignisse in Wien auch dem Anschlußgedanken alles andere als förderlich sind. Der Terror der Straße, gleichviel von welcher Seite er erfolgt, ist in

Deutschland ohnmächtig gegenüber der Macht der Regierung und er ist deswegen jetzt, da er in Wien siegt, für uns Deutsche unverständlich denn je. Wird doch der Anschlußgedanke leider in Österreich vielerorts parteipolitisch aufgefaßt und somit zur Farce. Die Klammern und das

Blut, das in den Straßen Wiens geflossen ist, erscheinen uns Deutschen als ein Zeichen dafür, daß der Staat Deutschösterreich sozusagen erst den inneren Zusammenschluß finden muß, ehe an einen Anschluß an Deutschland gedacht werden kann.

## Wiederaufnahme des Zugverkehrs in Oesterreich Der Generalstreik abgeblasen.

Zur Bildung einer sozialistischen Gemeindefschutzwache.

252 Unruhstifter verhaftet.

Von sozialdemokratischer Seite in Wien ist eine 2000 Mann starke Gemeindefschutzwache ins Leben gerufen worden, deren Mannschaften lediglich aus den Reihen des sozialistischen Republikanischen Schutzbundes entnommen worden sind. Die Bildung dieser Gemeindefschutzwache hat

Dr. Deutsch,  
der Führer des Republikanischen Schutzbundes,



bei den letzten Unruhen in Oesterreich eine politische Rolle spielte. Dr. Deutsch war früher Wehrminister in Oesterreich.

In der nichtsozialistischen Bevölkerung starke Beunruhigung hervorgerufen, weil man in diesen Kreisen darin einen Versuch sieht, auf Umwegen zur Bewaffnung des Republikanischen Schutzbundes zu gelangen. Andererseits hat die österreichische Regierung das Angebot der rechtsstehenden Frontkämpfervereinigung, deren Formationen auf 100 000 Mann geschätzt werden, sich ihr zur Verfügung zu stellen, abgelehnt. Die Beunruhigung hat auch auf die Polizei übergegriffen. Deshalb hat die Polizei ihren Organen zur Kenntnis gebracht, daß der gegenwärtige Aufgabenkreis der Bundespolizei in keiner Weise beeinträchtigt ist.

Von Regierungsseite wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeindefschutzwache ohne Zustimmung der Regierung aufgestellt worden sei. Die Errichtung erfolgte durch den Büroermeister Seid. Wenn in sozialistischen Kreisen von einem Einverständnis mit der Polizei die Rede ist, so bedeutet dies lediglich, daß die Aufstellung der Polizei zur Kenntnis gebracht und verfügt wurde, daß die Gemeindefschutzwache bei etwaigen Vorkommnissen nicht etwa selbstständig vorgehen kann, sondern sich an die Polizei wenden soll. Über die Verfassungsmäßigkeit dieser Einrichtung, so wird von Regierungsseite weiter betont, wird später zu sprechen sein. Allerdings sei es eine Tatsache, daß nach der Verfassung den Gemeinden die Haltung einer Gemeindepolizei zusteht.

Bisher sind in Wien 252 Verhaftungen vorgenommen worden; die meisten der Verhafteten sind der Widerständigkeit angeklagt. Ein Teil aber steht unter der Anklage der Plünderung oder schwerer Körperverletzung. Vier Brandlegger wurden auf frischer Tat festgenommen. Zwei Aufreißer wurden festgenommen, als sie auf Bahnpolizisten schossen. Nach Aussage eines höheren Polizeibeamten befinden sich unter den Verhafteten viele Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten. Unter den agitatorisch tätigen Kommunisten soll sich eine größere Anzahl russischer und ungarischer Emigranten befinden. Auch der deutsche Kommunistenführer Biedel, der sich im Flugzeug nach Wien begeben hatte, soll verhaftet worden sein.

Die Besetzung der Opfer findet am Mittwoch auf dem Zentralfriedhof statt. Die Toten werden auf einem gemeinsamen Platz, aber in Einzelgräbern beerdigt. Die Kosten trägt die Stadt Wien. An dem Begräbnis nehmen neben den Angehörigen teil die Beauftragten und Funktionäre der Sozialistischen Partei, Delegationen der Betriebsräte und der Ortsgruppen des Republikanischen Schutzbundes. In den Wiener Betrieben wird während der Besetzung eine Viertelstunde lang Arbeitsruhe herrschen.

## Tirol gegen Wien.

Besetzung der Bahnhöfe durch Militär.

Die Tiroler Landesregierung hat in der Nacht zum Montag sämtliche Bahnhöfe in ganz Tirol durch Militär, Gendarmerie und die als Notpolizei legitimierte Heimwehr besetzen lassen. Überall sind die von den Eisenbahnern eingeführten Streikleistungen und die sozialdemokratischen Ordnungsmannschaften der Eisenbahner, die mit roten Armbinden versehen die Bahnhöfe abgepfert hielten, ohne Widerstand zu leisten, abgezogen. Auch sämtliche Eisenbahner haben die Bahnhöfe und andere Bahnobjekte verlassen. Es ist nirgends zu einer Gewaltanwendung gekommen.

Die Bundesbahndirektion Innsbruck hat an die Bundesbahnangestellten einen Dienstbefehl erlassen, in welchem diese aufgefordert werden, den Dienst sofort ordnungsgemäß wieder aufzunehmen. Jede Dienstverweigerung würde für den Betreffenden von schweren Folgen begleitet sein. Der Zugverkehr wird nach Maßgabe des Möglichen aufgenommen. Wie die Innsbrucker Blätter melden, ist die Mittenwaldbahn vorläufig ohne elektrischen Strom. Man vermutet einen Sabotageakt. Auch knapp vor dem Einmarsch der Besatzung wurde auf dem Bahnhof in Innsbruck der Telegraphenapparat unbrauchbar gemacht.

Wie weiter gemeldet wird, haben die Heimwehren in Steiermark ein Ultimatum gestellt, den Verkehr sofort wieder aufzunehmen. Sie drohen andererseits, nach Graz zu marschieren. In Zell am See hat die Heimwehr das Postamt besetzt, ist aber nach einer Stunde wieder abgezogen. In Innsbruck hat die Heimwehr die Eisenbahner zur Wiederaufnahme des Verkehrs gezwungen. Der Landeshauptmann hat die Hofburg in Innsbruck mit Maschinengewehren besetzen lassen. In Klärten haben die sozialdemokratischen Arbeiter die Heimwehren entwaffnet.

## Bundeskanzler Seipel belästigt.

In Deutschland sind Gerüchte über ein Attentat auf Bundeskanzler Seipel im Umlauf, die jedoch nicht den Tatsachen entsprechen. Offenbar gehen sie darauf zurück, daß Bundeskanzler Seipel in seinem Auto von jungen Burschen belästigt wurde, die auf das Trittbret sprangen. Der Defektiv, der neben dem Führer saß, erkannte die Gefahr und ließ schnell fahren. Dadurch wurden die jungen Burschen vom Wagen abgeweht.

## Ende des Generalstreiks.

Berlin, 18. Juli.

Wie die österreichische Gesandtschaft in Berlin mitteilt, haben die österreichischen Gewerkschaften beschlossen, heute nacht den Generalstreik abzubrechen.

## Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs in Oesterreich.

München, 18. Juli. Die Reichsbahndirektion München hat aus Salzburg die amtliche Mitteilung erhalten, daß von heute nacht 12 Uhr an der Eisenbahnverkehr in vollem Umfang wieder aufgenommen wird. Der Schnellzug München-Salzburg-Wien-Budapest-Triest wird bereits durchgeführt werden.

## Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Schattendorfer Urteil.

Wie aus Wien gemeldet wird, hat die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil im Schattendorfer Prozeß die Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet.

## Die Sicherheitsmaßnahmen in Wien.

Die München-Mugsburger Abendzeitung veröffentlicht Unterredungen ihres Wiener Vertreters mit dem Polizeipräsidenten,